

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

| | |
|--------------|--------------------------------|
| Suchabfrage | 23.04.2024 |
| Thema | Umweltschutz |
| Schlagworte | Luftreinhaltung |
| Akteure | Keine Einschränkung |
| Prozesstypen | Postulat |
| Datum | 01.01.1965 - 01.01.2021 |

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Dupraz, Laure
Flückiger, Bernadette
Freymond, Nicolas
Gerber, Marlène
Holenstein, Katrin
Porcellana, Diane
Terribilini, Serge

Bevorzugte Zitierweise

Dupraz, Laure; Flückiger, Bernadette; Freymond, Nicolas; Gerber, Marlène; Holenstein, Katrin; Porcellana, Diane; Terribilini, Serge 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Umweltschutz, Luftreinhaltung, Postulat, 1985 - 2020*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|-------------------------------------|---|
| Allgemeine Chronik | 1 |
| Infrastruktur und Lebensraum | 1 |
| Umweltschutz | 1 |
| Naturschutz | 1 |
| Luftreinhaltung | 1 |
| Allgemeiner Umweltschutz | 4 |
| Klimapolitik | 4 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------------|-------------------------------------------------|
| BAFU | Bundesamt für Umwelt |
| FMH | Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte |
| EG | Europäische Gemeinschaft |
| NABEL | Nationales Beobachtungsnetz für Luftfremdstoffe |
| LRV | Luftreinhalte-Verordnung |

| | |
|--------------|------------------------------------------------------------|
| OFEV | Office fédéral de l'environnement |
| FMH | Fédération des médecins suisses |
| CE | Communauté européenne |
| NABEL | Réseau national d'observation des polluants atmosphériques |
| OPair | Ordonnance sur la protection de l'air |

Allgemeine Chronik

Infrastruktur und Lebensraum

Umweltschutz

Naturschutz

POSTULAT
DATUM: 12.03.1987
KATRIN HOLENSTEIN

Im Zusammenhang mit der Debatte über das Luftreinhalte-Konzept des Bundesrates behandelte der Nationalrat auch mehrere Vorstösse zum Thema Waldschäden. Unter anderem überwies er ein Postulat Carobbio (psa, TI), das Sofortmassnahmen gegen das Waldsterben verlangt und eine ausserordentliche, zeitlich begrenzte Sonderabgabe auf allen Emissionsquellen vorschlägt, um damit die Sanierung und Pflege des kranken Waldes zu finanzieren. Hingegen kam auch die zweite vom Umweltschützer F. Weber lancierte Volksinitiative, die unter dem Titel "Rettet unsere Wälder" umfassende Massnahmen gegen das Waldsterben verlangte, nicht zustande.¹

Luftreinhaltung

POSTULAT
DATUM: 21.06.1985
KATRIN HOLENSTEIN

Keiner der Teilbereiche des Umweltschutzes gelangte in jüngster Zeit dergestalt in den Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit wie die Luftreinhaltung. Die **Messresultate des Nationalen Beobachtungsnetzes für Luftfremdstoffe (NABEL)** bestätigten, dass die – zum überwiegenden Teil «hausgemachte» – Luftverschmutzung in der Schweiz unverändert hoch ist und in Städten und Agglomerationen die für den Gesundheitsschutz des Menschen massgebenden Immissionsgrenzwerte teilweise erheblich überschreitet. **Alarmierende Ozon-Konzentrationen** traten im Sommer in der Region Basel auf. Dieses aggressive Gas wird durch photochemische Prozesse aus Stickstoffoxiden und in Reaktion mit Kohlenwasserstoffen bei starker Sonneneinstrahlung gebildet und durch den Wind auch über grosse Distanzen verfrachtet. Die höchsten Ozonwerte werden unter anderem deshalb nicht in den Städten und entlang von Autostrassen registriert, sondern in deren Umgebung und in entfernteren Gebieten. Ein vom Nationalrat überwiesenes Postulat (85.315) forderte den Bundesrat daher auf, Massnahmen wie drastische Verkehrsbeschränkungen an «Ozonwetter»-Tagen zu prüfen, um die negativen Einflüsse auf die Schutzwälder zu mildern. Ebenfalls als Postulat überwies die Volkskammer eine Motion der CVP-Fraktion (85.320), die den Aufbau eines Smog-Alarmsystems verlangte. Die Verbindung der Schweizer Ärzte (FMH) warnte vor zunehmenden Erkrankungen der Atemwege, vor allem bei Kindern, und plädierte für wirksame Dringlichkeitsmassnahmen zur Verminderung der Luftbelastung.²

POSTULAT
DATUM: 21.03.1986
KATRIN HOLENSTEIN

Angesichts der erneuten Verschlechterung des Waldzustandes gehört die Luftreinhaltung weiterhin zu den vordringlichen Aufgaben der Umweltpolitik. Entgegen der Einschätzung der Automobilverbände, das Problem der Luftbelastung durch Motorfahrzeuge sei unter Kontrolle, betonte der Bundesrat, das lufthygienische Ziel sei erst erreicht, wenn die von der Luftreinhalteverordnung (LRV) vorgegebenen Immissionsgrenzwerte unterschritten seien. Zur Reduktion der Schadstoffe in der Luft bedürfe es daher weiterer Anstrengungen. Da die Luftverschmutzung nicht nur die Umwelt, sondern auch die Gesundheit der Menschen in zunehmendem Mass gefährdet, appellierten 3'500 Schweizer Ärztinnen und Ärzte an den Bundesrat, Notstandsmassnahmen zu ergreifen. Insbesondere verlangten sie eine drastische Reduktion des Treibstoffverbrauchs im Privatverkehr. Mit der Überweisung eines Postulats Carobbio (psa, TI) forderte der Nationalrat die Regierung auf, **medizinische Untersuchungen über den Zusammenhang von Luftverschmutzung und Erkrankungen der Atemwege bei Kindern** durchführen zu lassen. Zunehmend als Problem wahrgenommen werden auch die sogenannten Wohngifte in der Raumluft; verschiedene Umweltschutzexperten und Kantonschemiker schlugen deshalb vor, einen weiteren Anhang zur Stoffverordnung zu schaffen, der die Verwendung von Stoffen in Innenräumen regelt.³

POSTULAT
DATUM: 11.12.1986
KATRIN HOLENSTEIN

Die Schweiz ist daran interessiert, dass auch in anderen Staaten Anstrengungen zur Verbesserung der Luftqualität unternommen werden. Der Bundesrat ersuchte das Parlament um die Ermächtigung, das von der Schweiz im Vorjahr in Helsinki unterzeichnete **Zusatzprotokoll zum internationalen Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverschmutzung** zu ratifizieren. Dieses verlangt die Verringerung der Schwefelemissionen um mindestens 30% bis spätestens 1993. Der Ständerat genehmigte das Protokoll einstimmig und überwies ein Postulat seiner vorberatenden Kommission, das die Landesregierung auffordert, auch bezüglich der internationalen Begrenzung anderer Schadstoffemissionen ihre Anstrengungen zu verstärken.⁴

POSTULAT
DATUM: 30.09.1987
KATRIN HOLENSTEIN

Um die Grenzwerte der LRV bis 1994 erreichen zu können, sind ausserordentliche Massnahmen auch im Bereich der Feuerungsanlagen nötig. Als erste Schweizer Stadt hat Zürich Sondermassnahmen beschlossen, mit denen die Stickoxidbelastung aus Feuerungsanlagen um rund ein Viertel gesenkt werden soll.⁵

POSTULAT
DATUM: 19.11.1987
KATRIN HOLENSTEIN

Wie der Ständerat im Vorjahr genehmigte auch der Nationalrat einstimmig die **Ratifikation des 1985 in Helsinki unterzeichneten Zusatzprotokolls** zum internationalen Übereinkommen von 1979 über weiträumige, grenzüberschreitende Luftverschmutzung. Dieses erste Protokoll vereinbart die Verminderung der Schwefelemissionen um mindestens 30% bis 1993. Gleichzeitig überwies die grosse Kammer ein Kommissionspostulat, das den Bundesrat auffordert, seine Anstrengungen zur Entwicklung des internationalen Rechts auf dem Gebiet der Luftreinhaltung fortzusetzen und auf die Festlegung von Emissionsgrenzwerten in internationalen Abkommen zu drängen. An den Vorarbeiten für ein zweites Protokoll; das eine Reduktion der Stickoxidemissionen bringen soll, beteiligte sich die Schweiz aktiv.⁶

POSTULAT
DATUM: 01.05.1988
KATRIN HOLENSTEIN

Im Mai fällte der Bundesrat einen **Grundsatzentscheid zugunsten des europäischen Messverfahrens**, ergänzt um Partikelvorschriften. Mit einem Jahr Rückstand auf den ursprünglichen Fahrplan sollen die strengeren Abgaswerte für Dieselfahrzeuge auf den 1. Oktober 1991 in Kraft treten und gleichzeitig erstmals auch die Partikelemissionen begrenzt werden. Von ihrem Entscheid verspricht sich die Regierung zudem eine Signalwirkung auf die Abgasprogramme der EG. Während die Begrenzung der Emissionen nach US-Vorbild allgemein begrüsst wurde, kritisierten vor allem die Umweltorganisationen den Kompromiss in der Frage des Messverfahrens. In seiner Antwort auf ein vom Nationalrat überwiesenes Postulat Wiederkehr (Idu, ZH), das verlangte, bei den Grenzwerten und Prüfverfahren für Abgase und Partikel den fortschrittlichsten Stand der Technik zugrunde zu legen, verteidigte der Bundesrat seinen Entscheid. Die gestellten Anforderungen seien die strengsten in Europa, und das amerikanische Messverfahren würde keine zusätzliche Verminderung der Emissionen bewirken, sondern vielmehr die Einführung wirksamer Abgasvorschriften verzögern.⁷

POSTULAT
DATUM: 22.06.1990
SERGE TERRIBILINI

Par le biais d'un postulat, déposé par W. Frey (udc, ZH) et transmis par le Conseil national, le Conseil fédéral s'est vu enjoint la mission d'établir un **rapport sur les problèmes relatifs au dioxyde de carbone (CO2) et à l'effet de serre**. Destiné à servir de base officielle aux discussions futures sur le sujet, il devra notamment contenir des éléments quantitatifs très complets sur la production de gaz carbonique en Suisse et dans le monde, la proportion de CO2 provenant des combustibles et carburants d'origine fossile et le rôle de ces émissions dans l'effet de serre.⁸

POSTULAT
DATUM: 05.10.1990
SERGE TERRIBILINI

Une modification de l'OPair a été demandée par H. Seiler (udc, BE) au moyen d'un postulat transmis par le Conseil national. Elle devrait aller, selon le député, dans le sens d'un renforcement des expertises des **installations modernes de chauffage à bois** et veiller à ce que les coûts provoqués par les contrôles obligatoires ne créent pas d'inégalités entre ce type de chauffage et les autres.⁹

POSTULAT
DATUM: 29.11.1990
SERGE TERRIBILINI

Le Conseil des Etats a transmis le postulat Bühler (prd, LU) concernant le **smog d'été**. Considérant que la pollution par l'ozone de basse altitude lors des périodes de beau temps risque de persister encore un bon nombre d'années, ce texte prévoit que le Conseil fédéral établisse, à l'intention des cantons, une **liste de recommandations** sur les mesures à prendre, tout en fixant, comme pour le smog d'hiver, des valeurs limites ainsi que différents niveaux d'alerte.¹⁰

POSTULAT
DATUM: 20.03.1992
SERGE TERRIBILINI

Le Conseil national a transmis comme postulat la motion Wiederkehr (adi, ZH), qui demande au Conseil fédéral d'introduire immédiatement des **mesures d'orientation sur les carburants**, la première étape étant une augmentation de 20 centimes par litre du prix de l'essence.¹¹

POSTULAT
DATUM: 04.06.1992
SERGE TERRIBILINI

Le Conseil national a transmis le postulat Dettling (prd, SZ) demandant au gouvernement de **fixer des valeurs d'alarme pour le dioxyde d'azote et l'ozone**.¹²

POSTULAT
DATUM: 04.06.1992
SERGE TERRIBILINI

Le Conseil des Etats a transmis le postulat Jagmetti (prd, ZH) demandant une **réduction accrue des émissions de gaz d'échappement des véhicules à moteur**. Ce texte propose l'exploration de trois voies pour y parvenir: abaisser les valeurs limites d'émissions, améliorer les contrôles et diminuer les impôts sur les véhicules consommant peu de carburant.¹³

POSTULAT
DATUM: 16.12.1992
SERGE TERRIBILINI

Le Conseil national a transmis le postulat Danuser (ps, TG) que J. Scherrer (pa, BE) avait combattu en 1991. Ce texte demande au gouvernement de **réviser l'ordonnance de 1987 sur les gaz d'échappement** afin d'adapter les prescriptions sur les émissions des automobiles à l'évolution de la technologie, et d'élargir le cercle des véhicules concernés aux machines de chantier et aux véhicules agricoles.¹⁴

POSTULAT
DATUM: 02.06.1994
SERGE TERRIBILINI

Le Conseil des Etats a transmis un postulat de sa commission invitant le gouvernement à examiner dans quelle mesure il serait possible d'introduire, en même temps qu'un assouplissement des valeurs-limites, un système de **bons d'émissions négociables** en matière de polluants atmosphériques, à l'image de l'expérience tentée par les cantons de Bâle.¹⁵

POSTULAT
DATUM: 08.10.1999
LAURE DUPRAZ

Un postulat Stump (ps, AG), cosigné par 33 députés de gauche, a été transmis par le Conseil national. Il invite l'exécutif à prendre les dispositions et les mesures incitatives nécessaires pour que tous les véhicules utilitaires lourds soient équipés de **filtres à particules**, afin de réduire fortement les émissions de particules de la catégorie PM 10. Le National a également transmis un postulat Semadeni (ps, GR) demandant la promotion des **carburants diesel améliorés** (Po. 99.3159). Cosigné par 38 députés de gauche, il charge le gouvernement d'adapter immédiatement les impôts à la consommation pour les carburants diesel améliorés, sans que les recettes fiscales ne soient affectées. L'objectif est de réduire la pollution atmosphérique et de s'aligner sur une directive européenne en la matière.¹⁶

POSTULAT
DATUM: 30.04.2009
NICOLAS FREYMOND

Le Conseil national a transmis au Conseil fédéral, par 104 voix contre 65, un postulat du groupe libéral-radical le chargeant d'élaborer, au niveau fédéral, un modèle d'**imposition des véhicules fondée sur la consommation** de carburant, et non plus sur le véhicule lui-même, afin d'inciter les particuliers et les entreprises à réduire leur consommation.¹⁷

POSTULAT
DATUM: 13.12.2013
MARLÈNE GERBER

Bundesrat und Parlament sprachen sich im Berichtsjahr für die Annahme eines Postulats Bourgeois (fdp, FR) aus, das die Erarbeitung eines Berichts verlangte, mit welchem unter anderem Lösungsansätze zur **Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen in der Landwirtschaft** aufgezeigt werden sollen. Dies und die im Bericht gewonnenen Erkenntnisse über Anteil und Einsatz fossiler Brennstoffe in der landwirtschaftlichen Produktion sollen danach in der Agrarpolitik 2014–2017 Berücksichtigung finden.¹⁸

Allgemeiner Umweltschutz

POSTULAT
DATUM: 15.06.2017
DIANE PORCELLANA

Le conseiller d'Etat Konrad Graber (pdc, LU) demande d'analyser l'opportunité d'adapter l'ordonnance sur le CO₂, particulièrement l'article 73. Il souhaite que le **raccordement à un réseau de chaleur à distance soit à nouveau considéré comme une mesure de réduction des émissions de CO₂**, comme avant 2012. Pour la période d'engagement 2013–2020, les entreprises n'ont aucune incitation à privilégier ce système judicieux sous l'angle de la politique climatique. Pour la nouvelle période d'engagement, l'Office fédéral de l'environnement (OFEV) envisage de revenir en arrière. Le raccordement à un réseau de chaleur à distance serait alors à nouveau pris en compte en tant que mesure de réduction des émissions de CO₂.

Le Conseil fédéral souhaite le rejet du postulat. Premièrement, il rappelle que cela correspondait au souhait des milieux économiques de ne plus mettre les émissions de CO₂ sur le compte des consommateurs de chaleur à distance. Dans le but d'une meilleure harmonisation avec les conventions d'objectifs volontaires ou cantonales visant l'amélioration de l'efficacité énergétique, il confirme vouloir revenir aux dispositions antérieures. Puisque l'ordonnance sur le CO₂ va être révisée dans le projet de révision de la loi sur le CO₂, il estime non nécessaire de répondre à la demande du parlementaire. Par 33 voix contre 2 et 1 abstention, la chambre des cantons charge pourtant le Conseil fédéral d'y répondre.¹⁹

POSTULAT
DATUM: 17.09.2020
BERNADETTE FLÜCKIGER

Die beiden Räte schrieben das Postulat «**CO₂-Reduktion durch Anschluss an das Fernwärmenetz**» von Konrad Graber (cvp, LU) in der Herbstsession 2020 ab, nachdem der Bundesrat im Sommer 2019 seinen Bericht in Erfüllung des Postulates veröffentlicht hatte.²⁰

Klimapolitik

POSTULAT
DATUM: 22.09.2010
NICOLAS FREYMOND

Les députés ont rejeté, par 94 voix contre 54, un postulat Nordmann (ps, VD) en faveur de l'introduction d'un mécanisme de **plafonnement des émissions imputables aux voitures à forte consommation** en vertu duquel l'immatriculation d'un véhicule émettant plus de 110 grammes de CO₂ par kilomètre nécessiterait l'achat de droits d'émissions mis aux enchères par la Confédération.²¹

1) AB NR, 1987, S. 268 f.; AB NR, 1987, S. 332; BBI, 1987, III, S. 672; Luftreinhalte-Konzept siehe unten. SPJ, 1986, S. 140.

2) AB NR, 1985, S. 1236; AB NR, 1985, S. 1245

3) AB NR, 1986, S. 1544; AB NR, 1986, S. 452; BUS (1986). Immissionsgrenzwerte für Luftschadstoffe.; BUS (1986). Luftbelastung durch Asbestfasern in der Schweiz.; Knöpfel und Weidner (1986). Luftreinhaltepolitik Band 1: Methoden und Ergebnisse der Länderstudien.; NZZ, 28.2., 3.3. und 14.11.86; TA, 19.3., 2.10. und 13.12.86; Presse vom 30.5. und 5.11.86; BZ, 11.6.86; wf, 14.7.86; BaZ, 31.7. und 2.8.86; WoZ, 17.10. und 31.10.86; Ww, 25.12.86; Bilanz, 1986, Nr. 1, S. 12 f.; Schwabinski (1986). Vergiftet! Wie wir ein Haus bauten, das uns krank machte.; Umweltschutz in der Schweiz, 1986, Nr. 3, S. 30 ff.

4) AB SR, 1986, 4, S. 750 ff.; BBI, 1986, 3, S. 182 ff.

5) AB NR, 1987, S. 261 ff.; AB NR, 1987, S. 300 ff.; Verhandl. B. vers., 1987, III, S. 72; Ww, 2.4. und 8.10.87; NZZ, 14.5. und 4.11.87; SZ, 12.10.87; TA, 4.11.87.

6) AS, 1988, 2, S. 284 ff.; BO CN, 1987, p. 826f.; Dok., 32, 10.8.87; NZZ, 3.9.87; SHZ, 19.11.87

7) AB NR, 1988, S. 906; Presse vom 26.4. und 5.5.88; Ww, 12.5.88.

8) BO CN, 1990, p. 1261 s.

9) BO CN, 1990, p. 1916

10) BO CE, 1990, p. 940 s.

11) BO CN, 1992, p. 621

12) BO CN, 1992, p. 808 ss.; SGT, 4.6.92

13) BO CE, 1992, p. 391 s.

14) BO CN, 1991, p. 1349 s.; BO CN, 1992, p. 2641 s.

15) BO CE, 1994, p. 489 s.

16) BO CN, 1999, p. 2207 s.

17) BO CN, 2009, p. 767 s.; NLZ, 1.5.09.

18) AB NR, 2013, S. 2209.

19) BO CE, 2017, p.532s

20) BBI 2020, 3359

21) BO CN, 2010, p. 1445.